

Gegen Rassismus... und gegen soziale Ungerechtigkeit!

Letztes Wochenende gab es in zig Städten Deutschlands große Demonstrationen mit Zehntausenden Jugendlichen, die Polizeiwilkkür und Rassismus anprangerten. Sie sind Teil einer Welle der Solidarität in der ganzen Welt. Sie alle sind empört über das ungeheure Unrecht gegen schwarze Menschen in den USA und den Mord an George Floyd, der von rassistischen Polizisten erwürgt wurde. Viele Jugendliche haben aber auch gegen alltäglichen Rassismus und Schikanen der Polizei hierzulande demonstriert, die sie selbst erleben und über die seit Jahren berichtet wird. Dabei haben die Jugendlichen vorgemacht, wie sich in kurzer Zeit große Demonstrationen auf die Beine stellen lassen. Tatsächlich gibt es es noch viel mehr Themen empörender Ungerechtigkeit, die solche Demonstrationen verdient hätten. Und Demonstrationen dieser Größe auch am 1. Mai, das wäre was gewesen...

Denn die soziale Ungleichheit wächst schnell. Merkels Regierung beschloss wie nebenbei weitere Milliarden“hilfen“ an große Konzerne, die ihrerseits Stellen streichen und Löhne und Renten attackieren. Damit wächst aber auch die Verärgerung.

Wut und Empörung gegen ein ganzes System

Seit zwei Wochen schon gehen Hunderttausende Menschen in den USA auf die Straße, von morgens bis Mitternacht, in allen 50 Bundesstaaten. Bunt gemischt sind die Teilnehmenden. Neben dem Rassismus empören sie sich auch über den Umgang mit der Corona-Krise. Zuerst mussten sie es ertragen, dass die Regierung sich als völlig unfähig erwies, die Menschen vor der Ansteckung mit dem Virus zu schützen. Stattdessen war die erste Sorge der Trump-Clique, dass Betriebe und Unternehmen weiterlaufen und Profite bringen. Die Gesundheit und sogar das Leben vieler „systemrelevanter“ Arbeiter und Arbeiterinnen wurden so geopfert. Mehr als 600 Beschäftigte der Krankenhäuser sind bereits gestorben. Mit Stand 10. Juni sind es in den USA insgesamt 113.000 Tote. Ein Ende ist nicht in Sicht.

Schließlich verordnete die Regierung, dass die Menschen zu Hause bleiben sollten. Mit dem Shutdown vertiefte sich die wirtschaftliche Krise. Die Unternehmen reagierten mit Massenentlassungen: 40 Millionen zusätzliche Arbeitslose bisher. Menschen verloren ihre Krankenversicherung, soweit sie eine hatten. Sie können Rechnungen nicht bezahlen. Dazu eine Wohnungs- und Hungerkrise. Die Arbeiterklasse, und vor allem ihr besonders ausgebeuteter afroamerikanischer Teil, leidet am stärksten. Doch die Regierung verschenkt gigantische Milliardenbeträge an das Big Business.

Nach zwei Wochen Protest, wie kann es weiter gehen?

Dann kam die Ermordung von George Floyd. All der aufgestaute Ärger über die himmelschreienden Ungerechtigkeiten und über die Polizeigewalt mit

rund 1.000 ungeahndeten Morden jedes Jahr, entlud sich auf den Straßen.

In den USA versuchen Politiker*innen der Demokraten nun, die Wut der Demonstranten auf die Wahlen im November umzulenken und diese zu einer Anti-Trump-Abstimmung zumachen. Doch angesichts der Gesundheitskrise und der massiven Arbeitslosigkeit ist nicht klar, ob das alte Rezept der Ablenkung durch Wahlen funktioniert. Gut möglich, dass die Proteste der Beginn eines Kampfes für soziale Gerechtigkeit sind, für eine gerechte Gesellschaft frei von Gewalt und frei von sozialer Ungerechtigkeit.

Sagen auch wir: „So nicht!“

Die Polizeigewalt ist kein Betriebsunfall. Sie ist Teil der Machtausübung eines Staates, der mit allen seinen Mitteln eine ungerechte Ordnung aufrechterhalten soll. Die tägliche Ungerechtigkeit, die finanziellen Sorgen und Ängste um die Zukunft, auch das ist eine Form von Gewalt, auch hierzulande. Kaputtgesparte Krankenhäuser und Schulen, geschlossene Jugendclubs, Hartz IV, Leiharbeit, viel zu niedrige Mindestlöhne und Bafög-Sätze...

Folgen wir also dem Vorbild der Jugendlichen. Zögern wir nicht, gegen Diskriminierung und staatliche Willkür die Stimme zu erheben. Erheben wir unsere Stimme aber auch gegen alle Ungerechtigkeiten und Nötigungen, die die Arbeitenden täglich erfahren: gegen den Arbeitsstress, die Privatisierungen und Ausschreibungen im Öffentlichen Dienst und im Öffentlichen Verkehr, gegen das Ausbluten der Krankenhäuser, den Stellenabbau und gegen das Verschleudern von hunderten Milliarden an die großen Konzerne.

Von Kolleg_innen für Kolleg_innen...

Heute mal veganes Tiefkühlhähnchen?

Ein Pilotprojekt an der Charité lässt uns das Wasser im Munde zusammenlaufen. Diverse vegetarische, vegane und fleischhaltige Kost können wir nun aus dem Automaten ziehen, tiefgekühlt oder zum Aufgießen. Subventioniert wird dies frech aus dem Gesundheitsfond des TV Gesundheitsschutz. Wirklich? Für Tiefkühlkost haben wir definitiv nicht gestreikt.

1500 Für Alle!

150€ monatlich, City-Checks, einige Kolleg_innen sollen 1000€ erhalten, evtl. wird dieser Betrag von den Chefs aufgestockt, Altenpflegekräfte werden anders behandelt als Pfleger_innen in Kliniken, Azubis scheinen leer auszugehen. Ein wirres Durcheinander bei der als Anerkennung verkauften Corona- oder Gefahrenzulage. Und es wird ein Aufriss drumrum gemacht, als wolle man uns eine dauerhafte 20%ige Lohnerhöhung zukommen lassen. Das haben nun sogar einige Chefetagen mitbekommen.

So zum Beispiel der Vorstand der Mühlenkreiskliniken. Dieser fordert nun 1500€ Zulage für alle Beschäftigten im Gesundheitsbereich, also auch für Reinigungskräfte, Techniker_innen, Küchenbeschäftigte usw. Eben für alle! Der Vorstand dieser Kliniken sollte dabei mit gutem Beispiel vorangehen und diese Zulage von sich aus zahlen.

Drei Tage Gelegenheit

Ver.di hat durch den Druck von mittlerweile etwa 80 Teamdelegierten und ca. 4.500 Unterzeichner_innen der Corona-Petition die Gesundheitssenatorin an den Verhandlungstisch gebracht. Dabei geht es neben Corona-Schutzmaßnahmen, Prämien oder Abschaffung der DRGs auch um mehr Personal und die Tarifbindung bei den Töchtern der Kliniken. Für die Gespräche wurden drei Termine vereinbart. Für die Senatorin drei Tage Gelegenheit endlich die Frechheit des tariflosen Zustands bei CFM und Co zu beenden. Aber eben nur drei Tage, danach sollten wir alle Verhandlungen auch wieder mit ökonomischem Druck begleiten. Streik muss dann wieder unsere Forderungen nach TVöD und **Mehr Personal** durchsetzen.

Corona-Pakt reicht uns nicht

Frage an die Landes- und Bundesebene unserer Gewerkschaft ver.di: Ab welcher Lockerungsstufe werden wir unseren Streik an der CFM wieder aufnehmen? Die drei Termine bei der Gesundheitssenatorin werden bald gelaufen sein und dann wollen wir auch unseren Chefs mal wieder auf die Zehen steigen. Antwort gerne auch als Presserklärung.

Generalstreik des Pflegepersonals

Ok, nicht in Berlin, aber die isländischen Kolleg_innen zeigen: es geht!

Wo sind sie denn geblieben?

Hin und wieder wunderten sich Kolleg_innen, dass in den Zeiten von Corona deutlich weniger Sichtungen von Führungspersonal auf unseren Fluren gemeldet wurden. Aber klar doch, in schweren Zeiten verzipfen sich selbst orangegeockelte Präsidenten ab und an unter die Erde. Nur nicht zu lange wegbleiben, sonst fällt noch irgendwem auf, dass es eigentlich auch ganz gut ohne...

Die Schwarze Null heißt 2019: 113.000

113.000€ Überschuss hat die Charité letztes Jahr auf unserem Buckel erwirtschaftet. In jedem Jahr, in dem wir gestreikt haben, war es mehr. Also auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist ein Streik nicht zu vermeiden.

Da sind wir aber nicht so für

meinte sinngemäß die brandenburgische Landesvorsitzende des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) Ellen Fähmann, nachdem sich Brandenburgs Gesundheitsministerin für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege ausgesprochen hat. Hätte uns Ellen jetzt noch eine ehrliche Begründung abgeliefert („Weil wir weiter viel zu wenig Personal mit Hungerlöhnen abspesen und uns die Gewinne selber in die Taschen stopfen wollen.“), dann wär's ja gut und nicht weiter berichtenswert. Doch stattdessen schwurbelt sie was von Gleichmacherei und fehlender Finanzierung. Weil ihr die private Pflege aus reiner Menschenliebe betreibt, ist klar. Weil Euer Geschäftsmodell gar nicht auf Gewinnerzielung auf den Knochen der Mitarbeiter_innen beruht, natürlich. Und morgen, liebe Kinder, erzähle ich Euch ein anderes Märchen...

Auch das Kleingedruckte lesen

Das empfiehlt sich nicht nur bei Versicherungsverträgen. Da freut sich unsere Gewerkschaft ver.di, dass die Zwickauer Bürgermeisterin das Thema Ausgliederung von Krankenhausbereichen von der Tagesordnung nahm. Ach schön, denkt sich der geneigte Zeitungsleser. Doch schaut er genauer hin, dann liest er „weitere Ausgliederungen“. Hä?? Die haben schon fast alles ausgegliedert! Eigentlich können die nur noch das Klo verpachten und die Ärzt_innen von einer Leihbude holen.

Was sollen wir mit den Krümeln – wir brauchen den Kuchen

So gut Prämien für die Pflege sein mögen – wir brauchen wirkliche Verbesserungen im Tarif – also vernünftige Bezahlung für unsere anständige Arbeit. Punkt.

TVöD für alle!

Ver.di ist wohl nicht erfreut darüber, dass etliche Mitglieder sehr misstrauisch auf Wortmeldungen der Hauptamtlichen reagieren, die darauf hinweisen, dass ihnen unsere Forderung nach dem TVöD an der CFM nicht mehr so wichtig zu sein scheint. Zumindest äußern sich engagierte Gewerkschaftler_innen in einem Offenen Brief an den Gewerkschaftsrat vom 01.05.2020 entsprechend. Nach dem Grundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten,“ gehen wir davon aus, sie nur falsch verstanden zu haben und erinnern sie daran, dass sie unsere Interessen zu unterstützen haben. TVöD für alle ist und bleibt die Forderung.

35h Woche – bei vollem Lohnausgleich!

Dies ist eine der Forderungen der Kolleg_innen an Wiener Krankenhäusern. Im Rahmen der Kampagne „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ (auch auf Facebook) fordern sie „Reale Verbesserungen statt Applaus“, gleiche und bessere Bezahlung, mehr Personal und vieles mehr. Am 22. Juni gibt es eine erste Kundgebung in Wien auf dem Heldenplatz nach dem Corona Lockdown. Weiter so!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleg_innen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click